



Obzwar erster Außenminister der Weimarer Republik, gehört Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau nicht zu den bekannteren Persönlichkeiten der deutschen Geschichte. Der in Schleswig geborene preußische Diplomat avancierte in seiner Karriere über den Gesandtenposten in Kopenhagen bis zum Außenminister der jungen Republik und leitete in dieser Funktion auch die deutsche Delegation der Friedenskonferenz in Versailles. Immer wieder hatte er sich dabei mit der „Schleswig-Holsteinischen Frage“ – also der Frage nach der nationalen Zugehörigkeit der Herzogtümer Schleswig und Holstein – auseinanderzusetzen. Wie sich Brockdorff-Rantzau zu dieser Frage positioniert, welches Handeln er als Diplomat daraus ableitete und in welchem Umfang dieses das deutsch-dänische Verhältnis zwischen 1912 (dem Jahr seiner Ernennung zum deutschen Gesandten in Kopenhagen) und 1920 (dem Jahr der Abstimmung über die deutsch-dänische Grenze) beeinflusste, das soll im Rahmen dieses Aufsatzes untersucht werden.

**Im Dienst der Könige: Die Brockdorffs und Rantzaus.** Geboren wurde der spätere Graf Brockdorff-Rantzau als Ulrich Karl Christian von Rantzau im Jahr 1869 in Schleswig, seit 1879 Sitz des Regierungspräsidenten als höchstem Verwaltungsbeamten der preußischen Provinz Schleswig-Holstein. Auch der Vater des jungen Ulrich, Hermann Graf zu Rantzau, stand als Regierungsassessor in preußischen Diensten.<sup>1</sup> Für seine beiden Zwillingssöhne Ulrich und Ernst sah er ebenfalls die preußische Beamtenlaufbahn vor. Das Eintreten in den Staatsdienst entsprach einer Familientradition; seit dem 16. Jahrhundert hatten Rantzaus hohe Verwaltungs- und Statthalterposten in den Herzogtümern Schleswig und Holstein inne. Nach dem frühen Tod des Vaters im Jahr 1872 wurde Ulrich von seinem Großonkel mütterlicherseits, dem in dänischen Diensten stehenden Diplomaten Ludwig Ulrich Hans Baron von Brockdorff, adoptiert.

**Eine preußische Musterkarriere: Jurastudium, Garderegiment, Auswärtiger Dienst (1891-1912).** Sein Jurastudium beendete Ulrich von Rantzau im Jahr 1891 mit der Promotion, im selben Jahr wurde ihm der Name „Brockdorff-Rantzau“ sowie der Besitz Annettenhöf bei Schleswig zugesprochen. Anschließend trat er in das prestigeträchtige Potsdamer „1. Garde-Regiment zu Fuß“ ein, das er nach einem Reitunfall im Jahr 1893 wieder verließ. Ein Jahr später begann er als Attaché seine Laufbahn im Auswärtigen Amt. Eingeführt von Reichskanzler Caprivi und protegiert von seiner Tante Therese von Brockdorff, der Oberhofmeisterin Kaiserin Auguste Viktorias, waren die Startvoraussetzungen bestens.<sup>2</sup> Kaiser Wilhelm II. persönlich wünschte, dass man in der Wilhelmstraße ein „wohlwollendes Auge“ auf den jungen Attaché werfen möge.<sup>3</sup> Erste Stationen führten Brockdorff-Rantzau nach Brüssel, zurück in das Auswärtige Amt und nach St. Petersburg. Auf seinem vierten – durch ein kurzes In-

## Arne Segelke: Brockdorff- Rantzau und die „Schleswig-Hol- steinische Frage“

<sup>1</sup> Haupts, Leo: Graf Brockdorff-Rantzau – Diplomat und Minister in Kaiserreich und Republik, Göttingen und Zürich 1984, S. 12.

<sup>2</sup> Ders., S. 11. Stern-Rubarth, Edgar: Graf Brockdorff-Rantzau - Wanderer zwischen zwei Welten, Berlin 1929, S. 37.

<sup>3</sup> Haupts, S. 11.

Rechte Seite:

Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau. Das Portrait zeigt ihn wohl als deutschen Außenminister in der ersten Jahreshälfte 1919, in der Brockdorff-Rantzau als Kopf der deutschen Friedensdelegation die Verhandlungen um den Versailler Friedensvertrag leitete. (Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek)

4 Ebd.

5 Ders., S. 18.

6 Hoetzsch, Otto: Botschafter Graf Brockdorff-Rantzau, in: Europäische Gespräche, Nr. 7, 01/1929, S. 8-17, S. 9.

7 Haupts, S. 29-30.

8 Ders., S. 24.

9 Scheidemann, Christiane: Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau (1869-1928) – Eine politische Biographie, Frankfurt am Main u.a. 1996, S. 149. Auch die späteren Außenminister Alfred von Kiderlen-Wächter und Wilhelm von Schön hatten diesen Posten inne. Dies., S. 150. Die Nähe zu Brockdorff-Rantzaus Familie und dem eigenem Anwesen mögen ebenfalls eine Rolle gespielt haben. Dies., S. 151. Haupts, S. 30.

10 Bjørn, Claus u. Due Nielsen, Carsten: Fra Helstat til Nationalstat 1814-1914 (d.i.: Dansk Udenrigspolitik Historie Bd. 3), Kopenhagen 2003, S. 267. Das Bemühen um eine pragmatische und stabilisierende Außenpolitik gegenüber dem Deutschen Reich hat in Dänemark seitdem ebenso Befürworter wie Kritiker gefunden: Während die einen sie aus realpolitischer Sicht als konstruktivsten außenpolitischen Kurs befürworten (oder zumindest akzeptieren), ist den anderen der „Tyskerkurs“ aus nationalistischer (oder idealistischer) Perspektive eher unangenehm. Svensson, Bjørn: Tyskerkursen, Viborg 1983.

11 Zwar hatte Großbritannien in den Jahren 1850 und 1864 für die dänische Seite Partei genommen, militärisch jedoch in beiden Fällen nicht interveniert. Als Bündnispartner kam es daher kaum in Frage. Hinzu traten die räumliche Trennung durch das Meer und die Erinnerung an die britische Bombardierung Kopenhagens im Jahr 1807. Frankreich – das seit 1871 keine Rolle mehr in Nordeuropa spielte – und Russland als weitere europäische Großmächte boten sich ebenfalls nicht für ein Bündnis an.

12 Wie Anm. 10

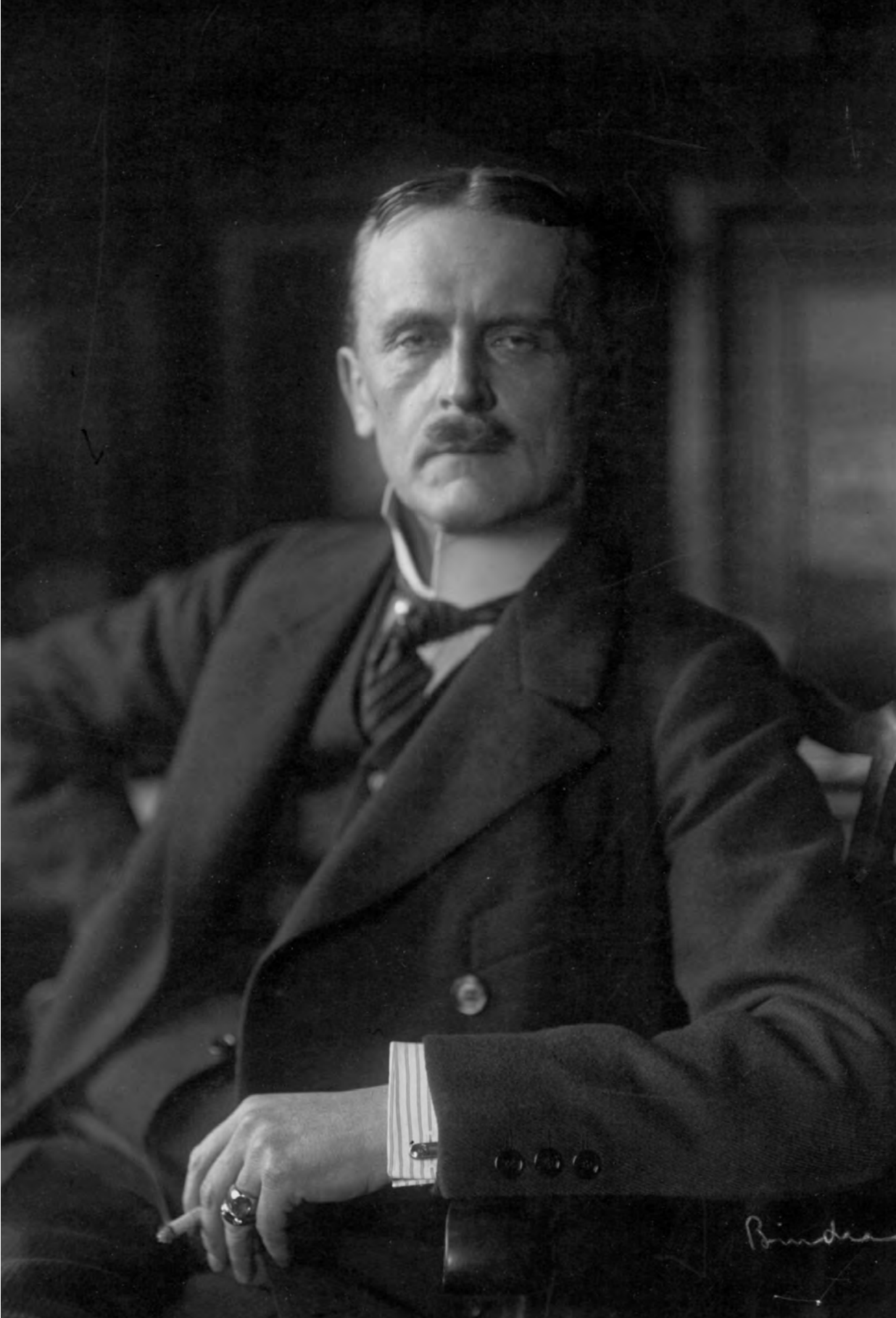
13 Bülow behauptet, er hätte vor solch einem Verhalten gewarnt, denn es sei „wichtig, in Kopenhagen den richtigen Ton anzuschlagen und bei der Ängstlichkeit des Königs nicht zu chaleureux zu werden.“ Bülow, S. 304.

14 Scheidemann, S. 155.

termezzo in Den Haag unterbrochenen – Posten in Wien avancierte Brockdorff-Rantzau zum Botschaftsrat.<sup>4</sup> Im Jahr 1909 erfolgte die Ernennung zum Generalkonsul in Budapest.<sup>5</sup> Drei Jahre später übernahm der aufstrebende Diplomat dann die deutsche Gesandtschaft in Kopenhagen.<sup>6</sup> Solch eine schnelle Karriere an rein europäischen Höfen war ungewöhnlich und konnte Brockdorff-Rantzau leicht den Ruf eines Ehrgeizlings einbringen.<sup>7</sup> Bereits sein Förderer Wedel hatte den aufstrebenden Diplomaten gewarnt: „Das Braten von Extrawürsten hat immer etwas bedenkliches.“<sup>8</sup> Tatsächlich strebte Brockdorff-Rantzau den Kopenhagener Posten aus karrierestrategischen Überlegungen an, da dieser als Sprungbrett für eine überdurchschnittliche diplomatische Karriere galt.<sup>9</sup> Um einen allzu schwierigen Posten handelte es sich nicht, da das Verhältnis zwischen den Regierungen in Kopenhagen und Berlin als stabil und belastbar galt.

### Im Schatten des großen Nachbarn: Dänische Außenpolitik

**1864-1912.** Dänemark war in den Jahren 1864 bis 1914 durch vielfältige Veränderungen geprägt, die von einer politischen Demokratisierung über eine wirtschaftliche Modernisierung und Industrialisierung, größere soziale und räumliche Mobilität der Bevölkerung bis hin zu kulturellen Erneuerungsbewegungen reichten. Angesichts dessen war der Wunsch nach außenpolitischer Stabilität nachvollziehbar. Hinzu kam, dass nach dem verlorenen Krieg von 1864 und dem ständigen Erstarken des „großen Nachbarn“ Preußen (bzw. des Deutschen Reiches) nur wenig außenpolitischer Spielraum vorhanden war.<sup>10</sup> Entlastende Allianzen mit anderen Großmächten konnte Dänemark kaum eingehen.<sup>11</sup> In den 1890er Jahren schwächte die Annäherung zwischen Russland und Frankreich die kontinentale Vormachtstellung Deutschlands zwar ein wenig ab, wirkliche außenpolitische Alternativen ergaben sich hieraus für Dänemark aber nicht.<sup>12</sup> In dieser Phase bemühte sich Preußen aktiv um eine Annäherung an Dänemark. Kaiser Wilhelm tat hierzu das seinige, als er 1903 bei einem Besuch bei der dänischen Königsfamilie erklärte, er fühle sich ganz wie „ein Sohn des Hauses“.<sup>13</sup> Der preußische Generalstabschef Moltke initiierte in den Jahren 1902-1903 mehrere Besprechungen mit dem dänischen Diplomaten und späteren General Lütken über das Verhalten Dänemarks in einem eventuellen Kriegsfall.<sup>14</sup> Die Niederlage Russ-



Binder

15 Dies, S. 45.

16 Bülow, Bernhard von: *Denkwürdigkeiten*, Bd. 2, Berlin 1931, S. 79-80.

17 Carlgren, W. M.: *Neutralität oder Allianz – Deutschlands Beziehungen zu Schweden in den Anfangsjahren des Ersten Weltkrieges*, Uppsala 1962, S. 12 und 17, der hier verweist auf: Fink, Troels: *Spillet om Dansk Neutralitet*, Aarhus 1959.

18 Ebd.

19 Vor allem in Dänemark wäre ein formelles Bündnis als Verzicht auf die eigene Unabhängigkeit wahrgenommen worden und hätte entsprechenden Widerspruch hervorgerufen, wie sich der damalige Reichskanzler Bülow in seinen Memoiren erinnerte. Bülow, Bd. 2, S. 79-80.

20 Frandsen zufolge war diese „Realpolitik gegenüber Deutschland [...] der Mehrheit der Bevölkerung sicherlich nicht sympathisch. Man wollte nicht so recht wahrhaben, daß sich Dänemark mit Deutschland arrangieren mußte, und so konnte auch von einem wirklichen Durchbruch in den Beziehungen zwischen den Staaten nicht die Rede sein.“ Frandsen, Steen Bo: *Dänemark – Der kleine Nachbar im Norden*, Darmstadt 1994, S. 114. Die Kritik hing auch damit zusammen, dass das deutsch-dänische Verhältnis seit der Jahrhundertwende im Rahmen der innenpolitischen Auseinandersetzung über das Verteidigungsbudget thematisiert wurde. Die sogenannte „Verteidigungsfrage“ bezog sich auf die Verteidigungsbereitschaft Kopenhagens im Kriegsfall. Die Konservativen pochten auf ein kampfbereites Heer und den Ausbau des Festungsringes um Kopenhagen. Die liberalen „Radikale Venstre“ hingegen setzten für den Fall eines etwaigen Krieges auf die Neutralität Dänemarks, da man sich mit den Streitkräften der Großmächte (vor allem der Gedanke an Deutschland lag hier nahe) ohnehin nicht würde messen können. Eine Ausweitung des Militärbudgets hielten sie demzufolge für Geldverschwendung. Entsprechend war der vermeintlich deutschfreundliche Kurs der „Radikale Venstre“-Regierung Zahle während des Ersten Weltkrieges vor allem für die Anhänger der Konservativen ein Gegenstand der Kritik. Lidgaard zufolge halte bis heute eine Debatte darüber an, ob Dänemark in den Jahren 1914 bis 1945 trotz oder gerade wegen eines an Deutschland orientierten außenpolitischen Kurses seine nationale Integrität bis heute hat erhalten konnte. Lidgaard, Bo: *Overleveren 1914–45* (d.i. *Dansk udenrigspolitisk historie*, hg. v. Carsten Due Nielsen, Ole Feldbæk, Nikolaj Petersen, Bd. 4), Kopenhagen 2003, S. 9.

21 Scheidemann, S. 156.

lands im russisch-japanischen Krieg in den Jahren 1905-1908 stärkte die Rolle des Deutschen Reiches dann wieder.<sup>15</sup> Dieses begann nun damit, im Rahmen imperialistischer Planungen den Flottenbau zu forcieren, um seine Stellung auf See auszubauen. Auf der Suche nach Bündnispartnern gegenüber der britischen maritimen Vormachtstellung sprach sich die deutsche Admiralität für ein Abkommen mit Dänemark aus. Bülows Erinnerungen zufolge wollte Tirpitz hierfür sogar die 1864 eroberten Landesteile an Dänemark zurückgeben.<sup>16</sup> Im deutschen Generalstab wurde sogar der Entwurf eines deutsch-dänischen Militärbündnisses angefertigt.<sup>17</sup> Das Abkommen kam nicht zustande, allerdings machte allein das Ansinnen die zunehmende Gefahr eines großen europäischen Krieges deutlich, und zeigte die prekäre Lage Dänemarks angesichts des deutschen Weltmachtstrebens sowie eines etwaigen Krieges auf. In den Jahren 1906-1907 nahm Moltke die Gespräche mit Lütken wieder auf.<sup>18</sup> Angesichts des deutschen Verbens (das nur allzu leicht zu einem Drängen werden konnte) schlug das dänische Außenministerium im Jahr 1907 einen Kurs der „wohlwollenden Neutralität“ gegenüber Deutschland ein. Dies hieß: Bemühen um ein bevorzugtes und konstruktives Verhältnis mit dem Deutschen Reich, ohne aber formelle Bündnisse einzugehen, und stets die Freiwilligkeit des eingeschlagenen Kurses auf Grundlage der eigenen Neutralität zu betonen. Mit dieser Formel konnte man sich auch in Deutschland leicht anfreunden, denn das Eingehen formeller Bündnisse hätte ob der zunehmend politisierten „Schleswig-Holsteinischen Frage“ in beiden Ländern Kritik hervorgerufen und zu innenpolitischen Belastungen geführt.<sup>19</sup> Selbst die „wohlwollende Neutralität“ fand bereits genügend Kritiker in Dänemark und wurde bald wieder durch den Kurs einer allgemeinen Neutralität ersetzt.<sup>20</sup> Da diese Neutralität aber im Rahmen einer entsprechenden skandinavischen Allianz deutlich besser zu behaupten war, initiierte man diplomatische Gespräche mit Schweden und Norwegen. Gesprächsbereitschaft war dort vorhanden, da das Gespenst eines kommenden großen Krieges seit der Jahrhundertwende über Europa hing. In Dänemark und Norwegen befürchtete man, in diesem Fall in eine deutsch-britische Konfrontation hineingezogen zu werden, in Schweden hingegen in eine deutsch-russische. Dass im Herbst 1912 ein britisches und ein russisches Geschwader direkt hintereinander den Kopenhagener Hafen anliefen, sorgte in Dänemark wie Deutschland für Aufsehen.<sup>21</sup> Angesichts des ersten Balkankrieges im Jahr 1912 einigten sich Dänemark, Schweden und Norwegen dann im Dezember desselben Jahres in der „Stockholmer Deklaration“ auf die

Regeln einer gemeinsamen Neutralität im Falle eines europäischen Krieges.<sup>22</sup>

### **Brockdorff-Rantzau als deutscher Gesandter in Kopenhagen 1912-1914.**

Nach Erhalt des angestrebten Kopenhagener Postens begann Brockdorff-Rantzau damit, sich umgehend in die Materie der deutsch-dänischen Beziehungen einzuarbeiten. Aus der Perspektive dieses Aufsatzes waren dabei drei Punkte von besonderem Interesse: 1) Dänemarks Neutralität, 2) die „Schleswig-Holsteinische Frage“, 3) der Außenhandel.

Dass Dänemark sich im Fall eines europäischen Krieges für neutral erklären würde, hatte es bereits mehrfach erklärt. Nun zeichnete sich ab, dass dies vermutlich im Rahmen einer gemeinsamen, skandinavischen Neutralität geschehen würde. Ein Jahr nach Brockdorff-Rantzaus Antritt in Kopenhagen avancierte der bereits von 1909 bis 1910 amtierende Erik Scavenius erneut zum Außenminister.<sup>23</sup> In seiner Zeit als Legationssekretär der dänischen Botschaft in Berlin hatte er sich intensiv mit dem deutsch-dänischen Verhältnis beschäftigt und stimmte mit dem dortigen Gesandten über die Bedeutung guter Beziehungen zum Deutschen Reich überein. Zudem war er überzeugt, dass Deutschland im Kriegsfall Interesse an einer dänischen Neutralität haben würde.<sup>24</sup> Aus diesem Grund nahm er den Kurs einer „wohlwollenden Neutralität“ wieder auf, bewarb ihn in Berlin und London und bemühte sich um ein gutes Verhältnis zum Gesandten Brockdorff-Rantzau.<sup>25</sup> Eine Freundschaft – wie sie Brockdorff-Rantzau und Scavenius' Amtsvorgänger Ahlefeldt pflegten – entstand zwischen den beiden Diplomaten zwar nicht, aber es entwickelte sich ein stabiles und belastbares Vertrauensverhältnis. Dies sollte sich während des Krieges auszahlen, als weder Deutschland noch Großbritannien die dänische Neutralität ernsthaft in Frage stellten und der deutsche Gesandte das Weiterbestehen des amtierenden Kabinetts Zahlle mit Scavenius als Außenminister zu seinem politischen Ziel machte.<sup>26</sup>

Deutlich schwieriger gestaltete sich das deutsch-dänische Verhältnis in der „Schleswig-Holsteinischen Frage“. Der 50. Jahrestag des Krieges von 1864 lag in greifbarer Nähe. Während die Schanzen von Düppel im Deutschen Reich an einen schnellen und „glänzenden“ Sieg der vereinten deutschen Truppen erinnerten, repräsentierten sie in Dänemark den Kampfgeist der Nation und das Trauma der Niederlage.<sup>27</sup> Dies ging mit revanchistischen Gefühlen einher, die nach Ausbruch des deutsch-französischen Krieges im Jahr 1870 offen zutage traten. Im Tivoli wurden pro-französische Demonstrationen abgehalten und die Arbeitervereinigungen führten eine Kampagne für einen Kriegseintritt Dänemarks auf französischer Seite.<sup>28</sup> Auch in Deutschland war der Krieg gegen Frankreich nicht uneingeschränkt begrüßt worden, doch beförderten der schnelle Sieg über das westliche Nachbarland und die direkt anschließende Reichsgründung eine patriotische Hochstimmung. In

**22** Bereits 1878 und 1885 hatte es Gespräche zur Neutralität zwischen den skandinavischen Staaten gegeben. Während des Russisch-Japanischen Krieges schloss sich Dänemark im Jahr 1904 einem schwedisch-norwegischen Entwurf zu gemeinsamen Neutralitätsregeln an.

**23** Der 1877 geborene Scavenius trat nach dem Jurastudium als Volontär in das Außenministerium ein. Nach kurzen Aufenthalten in St. Petersburg, Stockholm, Berlin und Paris wurde er 1906 zum Legationssekretär in Berlin ernannt. Nach der Reichstagswahl 1909 gab es zunächst Schwierigkeiten bei der Ernennung eines Außenministers, bis die Wahl 1910 überraschenderweise auf Scavenius fiel. Im Alter von gerade einmal 32 Jahren war er damit in nur acht Jahren vom Volontär zum Minister avanciert. Sjøqvist, Viggo: Erik Scavenius – En biografi, Bd. 1, o.O. 1973, S. 38-52.

**24** Ders., S. 40 u. 53.

**25** Kaarsted, Taage: Great Britain and Denmark 1914-1920, Odense 1979, S. 40-41. Dobers, Ulf: Die deutsch-dänischen Beziehungen im Spätsommer 1914, Diss. Hamburg 1972, S. 49-50.

**26** PA AA, R 5197, 29.06.1915, Schreiben Brockdorff-Rantzaus.

**27** Adriansen, Inge: Nationale Symboler i Det Danske Rige 1830-2000, Bd. 2, Kopenhagen 2003, S. 245-275. Es handelte sich um den ersten größeren Waffengang der preußischen Armee seit dem Ende der Napoleonischen Kriege.

**28** Bagge, Povl: Nationalisme, antinationalisme og nationalfølelse i Danmark omkring 1900, in: Dansk Identitetshistorie, Bd. 3, S. 443-467, S. 455. Thomsen, Niels: Den offentlige Mening, in: Dagliv i Danmark i det nittende og tyvende århundrede, hg. v. Axel Steensberg, Bd. 2, Kopenhagen 1964, S. 147-194, S. 147. Christiansen, Niels Finn: Klasesamfundet organiseres 1900-1925 (d.i.: Gyldendal og Politikens Danmarkshistorie, hg. v. Olaf Olsen), Bd. 12, Kopenhagen 1990, S. 521.

Dänemark hingegen sorgte der Ausgang des Krieges für Missmut, ließ er doch eine baldige Lösung des Schleswigschen Konfliktes in die Ferne rücken. 1871 wurde Schleswig-Holstein als preußische Provinz dem neugegründeten Deutschen Reich eingegliedert und der Oberpräsident als höchster preußischer Repräsentant nahm seinen Sitz in Schleswig bzw. Kiel ein.<sup>29</sup> Aus dem dänischsprachigen Bevölkerungsteil wurde nun eine Minderheit und aus der „Schleswig-Holsteinischen Frage“ eine „Minderheitenproblematik“ bzw. ein „Nationalitätenkonflikt“.

Dies war nach 1871 kein vereinzeltes Phänomen. Olsen zufolge führte die „expansive Grenzziehung des Kaiserreiches zum Ein-schluß fremder Nationen in das Staatsgebiet: Polen und Masuren im Osten, Elsässer und Lothringer im Südwesten und Dänen im Norden. Der ‚nationalistische Imperativ‘ (Gellner), der auf die territoriale Identität von Kultur und Staat abzielte, impliziert die Beseitigung des nationalen Minderheitenproblems. Demgegenüber stand der Behauptungswille der im Zuge des Nationsbildungsprozesses mobilisierten Minoritäten. Als nationale Bewegungen entwickelten sie sich zu Störfaktoren des nationalstaatlichen Konsolidierungsprozesses; ihre politischen Aktivitäten bildeten ein Konfliktpotential, das vom Staat als Sicherheitsproblem definiert und bekämpft wurde.“<sup>30</sup>

Dies war in Schleswig-Holstein Aufgabe des Oberpräsidenten. Der als zu nachgiebig erachtete Oberpräsident Steinmann wurde im Jahr 1897 auf allerhöchsten Befehl durch den als „Hardliner“ bekannten Köller ersetzt.<sup>31</sup> Tatsächlich hatte der deutsche Kaiser ein gewisses Augenmerk auf Schleswig-Holstein als Heimatregion seiner Gemahlin.<sup>32</sup> Die Kaiserin pflegte ihre Ressentiments und bemerkte gegenüber dem 1900-1909 amtierenden Reichskanzler Bülow: „Sie wissen, dass ich mich nicht gern politisch einmische, aber etwas Lokalpatriotismus hat man doch. Die Kämpfe Schleswig-Holsteins gegen Dänemark sind derartig mit meiner Familie verquickt gewesen, mein eigener Vater ist Opfer dieser Kämpfe geworden, da werden Sie verstehen, daß es auch mir ins Herz schneidet, wenn das Deutschtum in Nordschleswig durch zu larges Entgegenkommen für Dänemark froissiert wird. Die Dänen sind stets glatt gewesen, aber falsch.“<sup>33</sup>

Der vielschichtige Konflikt in den Herzogtümern wurde immer deutlicher auf einen Gegensatz reduziert: „Deutschtum“ gegen „Dänentum“. Dies lag an der Unerbittlichkeit der nationalistischen Logik, der zufolge man nur Däne oder Deutscher sein konnte. Während der integrative dänische Gesamtstaat noch den loyalen Dienst an König und Reich gefördert und belohnt hatte, wurde nun im Rahmen des nationalstaatlichen Paradigmas die Volkszugehörigkeit als Teilkongruenz von persönlicher und nationaler Identität gefordert – und damit eine Zugehörigkeitserklärung, die keine Alternativen mehr zuließ.<sup>34</sup> Entsprechend strebte die preußische Verwaltung eine verwaltungstechnische „Prussifizierung“ in Verbindung mit einer kulturell-sprachlichen „Germanisierung“ an. Letztere machten sich eine Vielzahl von Vereinen zur Aufgabe, die von der preußischen Verwaltung toleriert und befördert wurden.<sup>35</sup> Diese bemühte sich zudem, durch

**29** Bohn, Robert: Geschichte Schleswig-Holsteins, München 2006, S. 95.

**30** Olsen, Sven Thomas: Die Dänenpolitik im Deutschen Kaiserreich – Preußisch-deutsche Nationalitätenpolitik in der Region Nordschleswig/Sønderjylland 1864-1914, Diss. Uni Hamburg 1999, S. 4-5.

**31** Ders., S. 184, der wenig später anmerkt: „Fraglos basierte die unnachgiebige Haltung der Behörden auf entsprechenden Anordnungen des Kaisers.“ Ders., S. 187.

**32** Wilhelm hatte 1881 Prinzessin Auguste Viktoria von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg geheiratet.

**33** Bülow, S. 304. Der Vater der Kaiserin hatte 1863 Erbansprüche auf Schleswig und Holstein geltend gemacht, wurde aber – da seine Ansprüche einer Eingliederung der Herzogtümer nach Preußen im Wege standen – 1866 des Landes verwiesen. Die Heirat seiner Tochter mit dem preußischen Thronfolger sorgte dann für eine Versöhnung der beiden Adelshäuser. Die Ehe Wilhelms II. war auf diese Weise eng mit der „Schleswig-Holsteinischen Frage“ verknüpft.

**34** So Reinhard Koselleck auf einer Tagung am 26.01.2000 zu „Deutsch-Dänischen Beziehungen“ im Hamburger Warburg-Haus.

**35** Vor allem der „Deutsche Verein“ tat sich hierbei hervor und beanspruchte bald einen Alleinvertretungsanspruch für die deutschgesinnten Nordschleswiger. Olsen, S. 370. Den deutschen Vereinen stand eine Vielzahl dänischer Vereine gegenüber. Sekundiert wurden die beiderseitigen Vereinsaktivitäten durch diverse Zeitschriften.

Sprachregelungen den Gebrauch des Dänischen einzuschränken. Reichskanzler Bülow zufolge hatte das Deutsche Reich an der Erhaltung der dänischen Sprache in Schleswig-Holstein schlichtweg kein Interesse.<sup>36</sup> Im Bemühen um die „Prussifizierung“ der Bevölkerung wurde der 1897-1901 amtierende Oberpräsident Köller seinem Ruf gerecht, indem er die Ausweisung von „Dänischgesinnten“ anordnete, die nicht im Besitz einer preußischen Staatsangehörigkeit waren.<sup>37</sup> Die Staatsangehörigkeit von Kindern, die zwar auf preußischem Gebiet geboren waren, deren Eltern jedoch keine preußische Staatsangehörigkeit besaßen, stellte dabei ein besonderes Problem dar.

Kritik an der repressiven „Köllerpolitik“ fand sich auf beiden Seiten der Grenze. In Deutschland sprach sich der Politiker und Historiker Hans Dehlbrück 1898 in den von ihm herausgegebenen „Preußischen Jahrbüchern“ dagegen aus, was ihm eine disziplinarische Untersuchung einbrachte.<sup>38</sup> Die Kritik der oppositionellen SPD richtete sich vor allem auf die Frage der staatenlosen Kinder.<sup>39</sup> Auf Druck der SPD wurde das Problem 1907 durch die Wahlmöglichkeit der Staatsbürgerschaft für die (teilweise nicht mehr ganz jungen) Kinder im Ansatz gelöst.<sup>40</sup> Über die Details der Regelung verhandelten Scavenius und Brockdorff-Rantzau bis zum Kriegsausbruch weiter, ohne dabei auf eine einvernehmliche Lösung zu kommen.<sup>41</sup>

Generell war die „Schleswig-Holsteinische Frage“ ein sensibles Pflaster. Wie genau jedwede Äußerung zu diesem Thema registriert wurde, zeigte im Jahr 1911 die „Rubin-Affäre“. Nachdem sich herausgestellt hatte, dass ein in den „Preußischen Jahrbüchern“ erscheinender Artikel zur „Schleswig-Holsteinischen Frage“ tatsächlich von dem dänischen Historiker Marcus Rubin im Auftrag des dänischen Außenministeriums und mit Billigung des Königs geschrieben worden war, gerieten in Dänemark das Ministerium und in Deutschland Hans Dehlbrück als Herausgeber der Zeitschrift (erneut) in die Kritik.<sup>42</sup> Auch Brockdorff-Rantzau hatte im Rahmen der „Schulbuchaffäre“ zur Jahreswende 1912/13 Kritik zu verkraften. Nachdem er offiziell ein dänisches Schulbuch missbilligt hatte, das unter anderem die preußischen Verwaltungsmethoden in Nordschleswig thematisierte, erklärte das dänische Unterrichtsministerium, die diskriminierende Passage schlichtweg übersehen zu haben.<sup>43</sup> Das prompte „Einknicken“ der Behörde rief in den dänischen Zeitungen umgehende Kritik am dänischen Botschafter in Berlin, dem Unterrichtsminister und Brockdorff-Rantzau hervor. Die britische Gesandtschaft vermutete, dass der als Einmischung in dänische Angelegenheiten wahrgenommene Schritt des Gesandten sicherlich nicht zu seiner Popularität in Dänemark beitragen würde.<sup>44</sup> Dieser schien über die Reaktionen auf seine Beschwerde dermaßen überrascht, dass er für einige Zeit nach Deutschland ausreiste. Dort konnte er auf Zustimmung für sein Vorgehen hoffen, da man im Reich mit Unmut registrierte, dass bei den preußischen Landtagswahlen 1913 im Grenzgebiet dänischgesinnte Kandidaten deutliche Stimmengewinne verzeichneten. Umgehend forderte Wilhelm II. im Kabinett „er-

**36** Ders., S. 379. Bülow begründete seine Haltung gegenüber dem Kaiser auch damit, dass das dänische Volk „deutschfeindlich“ sei. Bülow, S. 79.

**37** Bohn, S. 100. Nach dem Krieg von 1864 – bei dem preußische und österreichische Truppen die dänischen besiegt hatten – sollten die Herzogtümer eigentlich von Preußen und Österreich gemeinsam verwaltet werden. Im – nach dem Sieg von Preußen über Österreich geschlossenen – Prager Frieden von 1866 trat Österreich seine Ansprüche an Schleswig-Holstein dann aber an Preußen ab.

Artikel 5 des Vertrages sah die Möglichkeit einer Abstimmung der Bevölkerung im Grenzgebiet über ihre nationale Zugehörigkeit vor. Der auf französische Intervention hin aufgenommene Artikel wurde 1878 in einem preußisch-österreichischem Abkommen wieder aufgehoben. Adriansen, Inge u. Doege, Immo: *Deutsch oder Dänisch? – Bilder zum nationalen Selbstverständnis aus dem Jahr 1920*, Flensburg 1992, S. 5.

**38** Amundsen, Valdemar: *Frisendede tyske raster*, in: *Sønderjylland*, hg. v. Svend Dahl und Axel Linvald, Bd. 2, Kopenhagen 1919, S. 195-203, S. 201.

**39** Bohn, S. 100.

**40** Ebd.

**41** Scheidemann, S. 162.

**42** Frandsen: *Dänemark*, S. 115-117.

**43** NA, FO 211/293, 14.01.1913, Schreiben der britischen Gesandtschaft in Kopenhagen. Es handelte sich um das Buch „Ungdommens Bog om vort Land“ von Wilhelm Østergaard. *Sønderjyllands Historie – Fremstillet for det Danske Folk* (5 Bde.), hg. v. Vilhelm La Cour u. a., Kopenhagen 1932-33, Bd. 4, S. 242-243.

**44** NA, FO 211/293, 14.01.1913, Schreiben der britischen Gesandtschaft in Kopenhagen.

**45** Olsen, S. 415.

neut Maßregeln gegen das bedrohliche Vordringen der dänischen Agitation in Nordschleswig in Erwägung zu ziehen“.<sup>45</sup> Vielleicht auch aufgrund seiner eigenen Erfahrung sah Brockdorff-Rantzau den preußischen Hang zum „Maßregeln“ inzwischen etwas kritischer und äußerte, dass allein „Verwaltungsmaßnahmen, die den dänisch gesinnten Nordschleswigern das Deutschtum so gewinnbringend machen, daß sie allmählich den Geschmack am Irredentismus verlieren“, aussichtsreich seien.<sup>46</sup>

Aus dieser Perspektive beurteilte der Gesandte auch die Frage des Außenhandels, in der sich für einen „Wandel durch Handel“ aussprach und in Verbindung mit politisch engagierten Finanziers und Reedern wie Albert Ballin und Max Warburg stand.<sup>47</sup> Seinen Standpunkt erläuterte er: „Je mehr die dänische Volkswirtschaft auf Deutschland angewiesen sein wird, umso größeres Gewicht werden unsere jeweiligen Vorstellungen haben.“<sup>48</sup> Aus diesem Grund engagierte er sich für die seit 1910 in Handelskreisen debattierte Idee einer „Vogelfluglinie“, welche den Güter- und Personenverkehr über den Fehmarnbelt erleichtern sollte.<sup>49</sup> Zwar gelang es ihm, das preußische Außenministerium von diesem Plan zu überzeugen, doch verhinderte das Innenministerium die Einrichtung der als zu teuer betrachteten Verkehrsstrecke.<sup>50</sup>

**Als deutscher Gesandter während des Ersten Weltkrieges (1914-1918).** Zwar verunsicherte das Schreckgespenst eines kommenden großen Kriegs seit der Jahrhundertwende Europa, der tatsächliche Ausbruch solch eines Konfliktes schien allerdings nur schwer vorstellbar.<sup>51</sup> Zudem wirkte ein Netz von Bündnissen und Verträgen auf einen Ausgleich der europäischen Kräfte hin. Dieses hatte seit der Jahrhundertwende mehrfach die Ausweitung von auf dem Balkan auftretenden Krisen und Kriegen verhindert. Diesmal war es jedoch anders. Das Attentat von Sarajevo nahm zunächst für ein, zwei Tage die Titelseiten der europäischen Zeitungen ein und bildete das Tagesgespräch auch auf der Kieler Woche, an der Brockdorff-Rantzau als Gast Albert Ballins teilnahm. Den Höhepunkt der Veranstaltung bildete der Besuch eines britischen Geschwaders und der Kaiser selbst steuerte seine Yacht „Meteor“ über die Wellen der Kieler Bucht. Bülow zufolge war dies allerdings nicht immer von Erfolg gekrönt.<sup>52</sup> Auch diesmal hatte der Kaiser kein Glück, wie sich Bülow später erinnerte: „Aus Kiel hörte ich, Kaiser Wilhelm habe die Trauerkunde erhalten, während er in der Kieler Bucht auf der ‘Meteor’ segelte. Er sei zuerst sehr bestürzt gewesen [...] habe sich aber bald beruhigt, und es war sogar seiner Umgebung nicht ganz leicht geworden, ihn zum Aufgeben der Segelwettfahrt zu bewegen, zumal er gute Chancen hatte, den von ihm selbst ausgesetzten schönen Preis zu gewinnen.“<sup>53</sup> Die Krise schien zunächst weniger schlimm als erwartet, so dass Wilhelm II. kurz darauf, unterhalten von einer Bordkapelle, zu seiner traditionellen „Nordlandreise“ aufbrach. Während der Kaiser in Richtung der norwegischen Fjorde dampfte, kehrte der französische Präsident Poincaré auf dem Schlachtschiff „France“ von einem

46 Scheidemann, S. 161.

47 Haupts, S. 33.

48 Brockdorff-Rantzau am 25.08.1912, zit. nach: Ebd.

49 Olsen, S. 386.

50 Ders., S. 387. Scheidemann, S. 166-182. Dieselbe resümiert, dass Brockdorff-Rantzau eine Politik zu betreiben suchte, die sowohl für das dänische Königreich als für das Deutsche Reich in der Nordschleswig-Frage eine befriedigende Lösung bringen und Dänemark durch verstärkten Einsatz machtpolitischer und wirtschaftlicher Faktoren an das Reich binden sollte. Dies, S. 149.

51 Hobsbawm zufolge zeigte sich die Paradoxie der Epoche gerade in dieser allgemeinen Erwartung der Katastrophe und dem gleichzeitigen Unglauben daran. Hobsbawm, Eric J.: Das imperiale Zeitalter 1875-1914, Frankfurt a. M. 1989, S. 21.

52 „Steuerte der Kaiser selbst, so stießen wir regelmäßig gegen die Boje. Dann war der Kaiser sehr betrübt, die Skipper brummt und fluchten auf englisch, Prinz Heinrich, der die Sache verstand, machte ein verdrießliches Gesicht, und dieser oder jener vorwitzige Flügeladjutant meinte mit melancholischem Lächeln: ‘So geht es immer, wenn er selbst steuern will.’“ Bülow, S. 33.

53 Bülow: Denkwürdigkeiten, Bd. 3, S. 138. Die Erinnerung des (ehemaligen) Kaisers war deutlich prosaischer. „Nach dem Eintreffen der Nachricht von der Ermordung meines Freundes, des Erzherzogs Franz Ferdinand, gab ich die Kieler Woche auf und reiste nach Hause.“ Wilhelm II.: Ereignisse und Gestalten 1878-1918, Leipzig und Berlin 1922, S. 209.



Staatsbesuch aus St. Petersburg zurück. Für die Rückreise waren Aufenthalte in Stockholm und Kopenhagen geplant. Erstaunt mussten die am 27. Juli 1914 zum Empfang am Kopenhagener Kai versammelten Diplomaten dann aber mit ansehen, wie die „France“ nicht in den Hafen einlief, sondern diesen schlichtweg passierte. Ein kurz darauf eintreffendes französisches Torpedoboot meldete den Besuch des Präsidenten offiziell ab.<sup>54</sup> Nach kurzer Konferenz mit dem Hof reichten die dänische Regierung und das Außenministerium die Mitteilung, dass der Besuch und alle damit verbundenen Festlichkeiten abgesagt worden seien, an die dänische Telegrafenanstalt Ritzau sowie den Doyen des diplomatischen Korps weiter.<sup>55</sup> Die Krise der letzten Wochen schien damit ernster zu sein als angenommen. Nervosität machte sich breit. Aus Berlin, St. Petersburg und Wien liefen keine guten Nachrichten im dänischen Außenministerium ein. Als dann zu Kriegsbeginn von deutscher Seite die Fähr- sowie die Eisenbahnverbindungen eingestellt und die Telefon- sowie die Telegrafenanleitungen gesperrt wurden, war Dänemark nach Süden für kurze Zeit weitgehend isoliert. Das Ausbleiben von Nachrichten verstärkte die aufgeregte Stimmung nur; bald schwirrten Gerüchte über den Rathausplatz und durch die Stadt.

Auch Brockdorff-Rantzau war seiner Kommunikationsmöglichkeiten mit Berlin beraubt. Nervös und ohne Rücksprache mit dem Auswärtigen Amt halten zu können, erzwang er, Anfang August vom Kriegseintritt Großbritanniens erfahrend, von der dänischen Regierung das Verminen ihrer eigenen Hoheitsgewässer.<sup>56</sup> Da der dänische Gesandte in Berlin diese Entwicklung bereits vermutet hatte, kam die Forderung für die dänische Regierung nicht allzu überraschend.<sup>57</sup> Zudem entsprach das Vorgehen ganz dem Selbstverständnis und Charakter des Grafen, der mit der preußischen Machtpolitik grundsätzlich übereinstimmte und diese nach Kriegsausbruch in Dänemark nachdrücklich vertreten sollte.<sup>58</sup> Der britische Gesandte hatte seinen Amtskollegen zu Jahresbeginn 1914 in einer Beschreibung des diplomatischen Corps charakterisiert: „Count Brockdorff-Rantzau was previously Consul General in Budapesth. He is unmarried and about 44 years old. He does not care about society and his colleagues as a rule see little of him. Count Rantzau is both intelligent and energetic and is supposed to keep a tight hand on the Danish Ministry of Foreign Affairs.“<sup>59</sup> Zu persönlichem Arbeitseifer und preußischem Machtbewusstsein trat eine von Zeitgenossen und Biografen festgestellte Nervosität und Reizbarkeit des Wesens, die mitunter in schnellen Entscheidungen und Ultimativen resultierte.<sup>60</sup> Scavenius gelang es, diesen auf diplomatische Weise die Spitzen zu nehmen und das Verhältnis zwischen ihm und Brockdorff-Rantzau stets wieder zu stabilisieren. Dies wurde dadurch erleichtert, dass beide mit der Aufrechterhaltung der dänischen Neutralität und dem Verbleib von Scavenius im Amt grundlegende gemeinsame Interessen hatten.

Nach den unsicheren Tagen des Kriegsausbruchs beruhigte sich die Lage in Dänemark schnell wieder. Es wurde deutlich, dass die

**54** RA UM 1909-45, 5 L 16, September 1914, Dossier des dänischen Außenministeriums über die Tage des Kriegsausbruchs.

**55** Ebd.

**56** Christiansen, S. 199.

**57** Ebd.

**58** Haupts, S. 50.

**59** NA, FO 211/293, 15.01.1914, Schreiben Lowthers.

**60** Haupts zufolge prägte die Persönlichkeit des Grafen „auch seine politische Stellung. Die zuweilen schroffen Auffassungen, der unbändige Ehrgeiz, das bedenkenlose Nebeneinander oder abrupte Umschwenken zu sonst als Gegenätzen empfundenen Haltungen und Vorstellungen, die Unvoreingenommenheit in Wertschätzungen und ätzender persönlicher Verdammung wirkt auch bestimmend in das politische Wirken Brockdorff-Rantzaus. Es beeinflusste Erfolge wie Mißerfolge ebenso wie die Reizbarkeit des Grafen, sein überempfindliches Ehrgefühl und ein enormes Geltungsbedürfnis.“ Haupts, S. 8.

von Dänemark im Verbund mit Schweden und Norwegen erklärte Neutralität von Deutschland wie Großbritannien geachtet werden würde. Tatsächlich lag diese auch im eigenen Interesse der beiden verfeindeten Großmächte, da sie mit der Aufrechterhaltung der Agrarexporte nach Deutschland und Großbritannien sowie einer Neutralisierung des Ostseezugangs einherging.

Der Krieg erhöhte die Arbeitsbelastung in der Gesandtschaft enorm. Verstärkt wurde sie durch mehrfache Wechsel auf den Gesandtenposten in Stockholm und Christiania. So wurde die Kontinuität der deutschen Politik im Norden vor allem durch die Kopenhagener Vertretung gewährleistet, der daher besondere Bedeutung zukam. Zur Aufrechterhaltung dieser Kontinuität machte Brockdorff-Rantzau den Erhalt des Kabinetts Zahle mit Scavenius als Außenminister zu seinem politischen Ziel, wie er Berlin mitteilte.<sup>61</sup>

Bezüglich des Außenhandels bemühte sich Brockdorff-Rantzau, möglichst große Anteile des dänischen Exports nach Deutschland zu lenken. Der britische Gesandte versuchte dasselbe für Großbritannien, sodass Scavenius ständig zwischen den deutschen und britischen Ansprüchen und Forderungen balancieren und ausgleichen musste. Angesichts der räumlichen Nähe stiegen die dänischen Ausfuhren nach Deutschland allerdings deutlich an, während diejenigen nach Großbritannien – über die verminten Nordsee – zurückgingen.<sup>62</sup>

Als weiteres Aufgabengebiet betrachtete Brockdorff-Rantzau „Pressearbeit“ und Propaganda. Die dänische Regierung verordnete der Presse des Landes einen strikten Neutralitätskurs und erließ hierzu entsprechende Gesetze. Dies geschah nicht ohne Grund, denn die dänische Presse wurde in Berlin und London genau bäugt. Vermeintlich „unneutrale“ Artikel konnten schnell diplomatische Verwicklungen nach sich ziehen. Hinzu kam, dass die Presse der neutralen Länder eine Art symbolischen Nebenkriegsschauplatz darstellte. Eine Häufung deutschlandkritischer Artikel hätte in der Weltöffentlichkeit als Zeichen einer Schwächung des Reiches wahrgenommen werden können, da die Neutralität der dänischen Presse auch ein Resultat des unentschiedenen Ringens zwischen Deutschland und Großbritannien darstellte. Besonders sensibel waren Berichte über die deutsch-dänische Grenzregion und die „Schleswig-Holsteinische Frage“, weshalb diese Themen in den Zeitungen fast überhaupt nicht zum Tragen kam. Unmittelbar nach Kriegsausbruch schlug die deutsche Verwaltung zunächst eine harte Linie ein und verbot die Publikation von südlich der Grenze erscheinenden dänischen Zeitungen. Schnell zeigte sich jedoch, dass dies die Ausbreitung von Gerüchten beförderte, so dass sie Ende August wieder zugelassen wurden.<sup>63</sup> Unter Beobachtung standen diese Zeitungen jedoch weiterhin. Seit 1915 wurden Brockdorff-Rantzau vom preußischen Oberpräsidium in Schleswig Presseauschnitte aus dänischen Zeitungen im Grenzgebiet übersandt.<sup>64</sup> Zunächst erschien ihm ein allzu repressives Vorgehen als kontraproduktiv. In einem Schreiben nach Berlin sprach er sich im Juni 1915 gegen ein Verbot von dänischen Zeitungen im Grenzgebiet aus, da dies eine „politischschädliche

**61** Als Unruhestifter der deutsch-dänischen Beziehungen gerierte sich im Jahr 1917 der Kaiser, als er nach Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkrieges dem Gesandten mitteilte: „Wer mir jetzt bei der letzten Entscheidung entgegentritt, wird vernichtet, Rücksicht auf Neutrale kenne ich nach dem Eintritt Amerikas in den Krieg nicht mehr. Sie wissen jetzt, was sie in Kopenhagen zu sagen haben.“ Zit. nach dems., S. 38. (Der Gesandte war scheinbar Diplomat genug, dies nicht zu tun.)

**62** Ders., S. 36-37.

**63** Sønderjyllands Historie, S. 257.

**64** PA AA, R 121985, Juni 1915 bis Februar 1916, „Dänische Presse-Stimmen, zusammengestellt vom literarischen Büro des königlichen Oberpräsidiums in Schleswig“.

**65** PA AA, R 121985, 14.06.1915, Schreiben Brockdorff-Rantzau.

Rückwirkung in Dänemark zur Folge haben“ würde.<sup>65</sup> Allerdings wich er von diesem Kurs bereits ein Jahr später wieder ab, nachdem er im Mai 1916 festgestellt hatte, dass die „Ribe Stiftstidende“ außergewöhnlich gut über die Angelegenheiten südlich der Grenze informiert sei. Umgehend ordnete Brockdorff-Rantzau an, dass alle Telegramme an diese Zeitung überwacht werden sollten.<sup>66</sup> Sein Vorgehen teilte er auch der dänischen Regierung mit. Als Folge beriefen Zahle und Scavenius die Redaktion der Zeitung ein. Scavenius beruhigte anschließend den Gesandten dahingehend, dass hinter dieser Zeitung „nur eine kleine Gruppe chauvinistischer Hetzer, aber keine parlamentarische Partei“ stünde.<sup>67</sup> Drei Monate später regte er ein Verbot des Periodikums „Hejmdal“ an. Gleichzeitig solle eine Überwachung von dessen Herausgeber H.P. Hanssen – dem prominentesten Wortführer der „Südschleswiger“ und immerhin Mitglied des Deutschen Reichstages – „bezüglich seines persönlichen Verkehrs und seiner Korrespondenz“ vorgenommen werden, da dieser im Falle des Verbotes sicherlich mündlich und schriftlich „Stimmung“ zu machen versuche und sein Verhalten generell an Hochverrat grenze.<sup>68</sup>

Neben der Beobachtung und Kontrolle dänischer Zeitungen bemühte sich die deutsche Gesandtschaft auch, die Berichterstattung durch propagandistische Maßnahmen zu beeinflussen. Trotz des enormen Aufwandes an Zeit, Geld und Material waren die Erfolge gering. Dies lag zum einen daran, dass die dänische Regierung in ihrem Bemühen um eine Neutralisierung der Berichterstattung durchaus erfolgreich war. Zum anderen war die deutsche Kriegführung vor – allem die Besetzung Belgiens – schlichtweg unpopulär und mit dem preußischen Militarismus hatte man in Dänemark selbst unliebsame Erfahrung gemacht. Nun zeigte sich, welche verheerenden Auswirkungen die „Köllerpolitik“ auf die öffentliche Meinung in Dänemark gehabt hatte. Georg Brandes erläuterte kurz nach Kriegsausbruch gegenüber einem Mitarbeiter der deutschen Gesandtschaft: „Die führenden Kreise in Deutschland müssen doch nun endlich die Wahrheit einsehen, daß Deutschland bei uns in Dänemark herzlich gehaßt wird. Was hätte Dänemark auch von England zu fürchten, weshalb sollten wir Frankreich oder Rußland hassen? Wenn aber die Dänen Deutschland hassen, so wissen sie warum. Ohne ihre kleinliche verbohnte Landratspolitik in Nordschleswig könnten Sie heute nicht nur die dänisch gesinnte Bevölkerung Nordschleswigs, sondern, trotz 1864, auch Dänemark und damit ganz Skandinavien in der Tasche haben.“<sup>69</sup> Auch wenn die öffentliche Meinung die Neutralität Dänemarks befürwortete, so war die Stimmung doch eindeutig auf Seiten der Entente.<sup>70</sup> Mehr als bisher mied Brockdorff-Rantzau nun öffentliche Auftritte in Dänemark. Die Sympathien der Bevölkerung und des Königshauses lagen während des Krieges nicht auf Seiten Deutschlands.

Brockdorff-Rantzau mochte dies vielleicht bekümmern, doch lag sein Augenmerk ohnehin vor allem auf Berlin, da seine Ambitionen größere waren als die einer „normalen“ Diplomatenlaufbahn. Und

**66** PA AA, R 121985, 20.05.1916, Schreiben dess.

**67** PA AA, R 121986, 07.05.1915 und 23.05.1915, Schreiben dess.

**68** Ebd.

**69** PA AA, R 5195-1, 25.10.1914, „Bericht über die Presseverhältnisse und Pressebearbeitung in Dänemark“.

**70** Aus dieser Perspektive heraus ist es durchaus nachvollziehbar, dass der dänische Ministerpräsident Munch im Jahr 1915 dem Gesandten in Berlin, Graf Moltke, darin zustimmte, dass die Pressearbeit der dänischen Regierung allein deshalb als erfolgreich bezeichnet werden könne, da die Presse in Dänemark sich nicht offen deutschfeindlich zeige. RA, UM 1909-45, 6 R 14, 09.11.1915, Schreiben Munchs.

tatsächlich bot sich schon bald die Möglichkeit, an der Weltgeschichte mitzuschreiben. Bereits im Jahr 1915 hatte Brockdorff-Rantzau gegenüber dem Reichskanzler geäußert, dass er einen Separatfrieden mit Russland durchaus für erreichbar halte, da dieses „in seinem jetzigen Zustand“ erschüttert sei.<sup>71</sup> Dieser Meinung war auch Parvus-Helphand, die wahrscheinlich schillerndste Figur unter den diversen sich während des Kriegs in Kopenhagen tummelnden Agenten, Spionen, Spitzeln, Kriegsgewinnlern, Exilanten und Geschäftsleuten. Im Verein mit Brockdorff-Rantzau schmiedete er Pläne zur Revolutionierung Russlands, darunter auch die Rückführung Lenins aus seinem Exil nach St. Petersburg. Unterstützt vom Auswärtigen Amt und in Zusammenarbeit mit den deutschen Gesandten in der Schweiz, den Niederlanden und Schweden wurde die Reise im Jahr 1917 mit dem bekannten Ergebnis durchgeführt. Damit trat Brockdorff-Rantzau in die Riege jener deutschen Diplomaten ein, die sich durch Agieren auf weltpolitischem Niveau für die zukünftige Leitung des Auswärtigen Amt empfahlen. Seine Ambitionen unterstrich der Gesandte in einem Kreis von Wirtschaftsfachleuten, hohen Angehörigen der Bürokratie und einzelnen Offizieren, die dem immer aggressiveren Führungsanspruch der Dritten Obersten Heeresleitung unter Ludendorff in Deutschland entgegenzutreten suchten.<sup>72</sup> In ihrem Drang zur Macht destabilisierte die OHL die politische Situation in Deutschland, indem sie das seit 1909 regierende Kabinett des Reichskanzlers Bethmann-Hollweg im Juli 1917 zum Rücktritt zwang und auch auf dessen Nachfolger enormen Druck ausübten. Im Rahmen der folgenden Regierungsbildungen wurde Brockdorff-Rantzau mehrfach als zukünftiger Außenminister gehandelt. Nach dem Rücktritt des nur drei Monate amtierenden Reichskanzlers Michaelis im Herbst 1917 fiel sein Name (neben diversen anderen) sogar als möglicher Nachfolger für dieses Amt.<sup>73</sup> Stattdessen wurde Georg von Hertling zum Reichskanzler ernannt, der die Leitung des Auswärtigen Amtes Richard von Kühlmann anvertraute.<sup>74</sup> Nachdem dieser auf Druck der Obersten Heeresleitung im Juli 1918 demissioniert hatte, stand neben Brockdorff-Rantzau auch der Gesandte in Norwegen, Paul von Hintze, als Kandidat bereit. Die beiden Diplomaten waren einander in einer innigen Privatfehde verbunden. Nachdem die Wahl auf Hintze gefallen war, musste Hertling ein Rücktrittsgesuch Brockdorff-Rantzaus zurückweisen.<sup>75</sup> Als drei später Monate später Max von Baden die Nachfolge Hertlings als Reichskanzler antrat, kam Brockdorff-Rantzau wieder nicht zum Zug. Diesmal wurde das Amt dem älteren, ranghöheren und weltgewandten Wilhelm Solf übertragen, der seit 1911 das Kolonialamt leitete und selbst als möglicher Reichskanzler gehandelt worden war. Allerdings wurde Brockdorff-Rantzau zur Teilnahme an Kabinettsitzungen der Regierung Max von Baden eingeladen und damit in den engeren Kreis politischer Entscheidungsträger einbezogen.<sup>76</sup> Nur kurz darauf überschlugen sich die Ereignisse, als die Revolution – getragen von kriegsmüden Arbeitern, Soldaten und Bürgern –

**71** Haupts, S. 44.

**72** Ders., S. 50.

**73** Scheidemann, Philipp: *Memoiren eines Sozialdemokraten*, Dresden 1930, S. 117.

**74** Dieser war zwar vier Jahre jünger als Brockdorff-Rantzau, hatte aber eine beeindruckendere und weltweite Karriere sowie die Protektion des Kaisers aufzuweisen.

**75** Haupts, S. 55.

**76** Ebd.

wie eine Welle durch das Reich brauste und dabei schließlich auch Brockdorff-Rantzau in das angestrebte Amt trug.

### **Von Kopenhagen über Kiel, Berlin und Weimar nach Versailles: 1918-1919.**

Am 9. November 1918 erklärte Max von Baden die Abdankung des Kaisers und übergab die Regierungsführung an Friedrich Ebert.<sup>77</sup> Dieser sah sich vor die schwierige Aufgabe gestellt, in seiner neuen Rolle als Vorsitzender des Rates der Volksbeauftragten das Reich von einer revolutionären Situation über ein Provisorium bis hin zur Wahl der Deutschen Nationalversammlung zu lenken und dabei so gut es ging zwischen den diversen widerstrebenden Kräften und Akteuren zu vermitteln. Der Kaiser war desertiert, Ludendorff hatte sich unter falschem Namen nach Schweden abgesetzt und die ermattete Feldarmee strömte zurück nach Deutschland, wo sich Arbeiter-, Soldaten- und Bürgerräte mit den revolutionären Obleuten, dem Rat der Volksbeauftragten, revolutionären Garden und konterrevolutionären Freikorps um die Macht stritten, während Nahrungs- und Brennstoffmangel, Winterkälte und die Spanische Grippe allen zusetzten. In dieser Situation blieb Solf – wie andere Minister auch – zunächst im Amt, um eine Kontinuität der Regierungsführung in den revolutionären Umständen zu gewährleisten. Im Dezember 1918 trat er – der die Revolution eigentlich ablehnte – dann aber zurück. Nun war die Reihe an Brockdorff-Rantzau. Dieser hatte sich vermutlich andere Umstände der Amtsübergabe vorgestellt und zögerte daher zunächst. Diesmal war er jedoch schlichtweg der passendste Kandidat. An Kabinettsitzungen hatte er bereits teilgenommen, die Konservativen konnten sich mit ihm als Adligen und Nationalisten und die Sozialdemokraten sich mit seinen demokratischen Überzeugungen anfreunden.<sup>78</sup> Als nach der Wahl zur Deutschen Volksversammlung am 13. Februar 1919 das Kabinett Scheidemann die Regierung übernahm, wurde Brockdorff-Rantzau im Amt bestätigt und damit zum ersten Außenminister der Weimarer Republik. Angesichts der immer noch angespannten Situation in Deutschland galt das Augenmerk der Regierung vor allem der Innenpolitik. Außenpolitisch stand vor allem ein Thema auf der Tagesordnung: Der Friedensvertrag mit den Siegermächten des Ersten Weltkrieges. Im April reiste Brockdorff-Rantzau als Leiter der deutschen Friedensdelegation nach Versailles. Da er nach längeren Verhandlungen kein ihm akzeptables Ergebnis erlangen konnte, verweigerte er die Unterzeichnung des Vertrages und trat er am 20. Juni mit dem Kabinett Scheidemann zurück. Dieser „Gang nach Versailles“ war es, welcher der Nachwelt im Gedächtnis bleiben sollte. Brockdorff-Rantzau hatte die in Deutschland weit verbreitete Ablehnung des Versailler Vertrages zum Ausdruck gebracht und damit, wie sein Biograf Haupts anmerkt, in den Augen der Öffentlichkeit „Haltung“ gezeigt.<sup>79</sup> Sein Nachfolgender Müller war es dann, der den Vertrag nach einem alliierten Ultimatum am 28. Juni 1919 im Spiegelsaal von Versailles unterzeichnete.

**77** Auch Brockdorff-Rantzau, so erklärte Baden später, hätte sich für den Rücktritt des Kaisers ausgesprochen. Philipp Scheidemann, S. 261.

**78** Philipp Scheidemann, S. 359.

**79** Haupts, S. 79.

**80** Sønderjyllands Historie, S. 267-269.

**81** Adriansen/Doege, S. 5.

**82** H.P. Hansen hatte eine Ausführung von Artikel 5 des Prager Vertrages gefordert, was Außenminister Solf aber ablehnte, da dieser bereits 1878 in einem Abkommen zwischen Preußen und Österreich aufgehoben worden sei. Ebd.

**83** Sønderjyllands Historie, S. 257.

**84** Nørregaard, Martin Bo: Sønderjyder ved fronterne, in: Sønderjyderne og den store krig 1914-1918, hg. v. Inge Adriansen u. Hans Schultz Hansen, Aabenraa 2006, S. 95-124, S. 95. Adriansen, Inge: Mindesmærker i Danmark for faldne sønderjyder, in: Sønderjyderne og den store krig, S. 289-318, S. 290. Svendsen, Nicolai: Da Krigen brød ud, og da den sluttede, in: Sønderjylland, Bd. 1, Kopenhagen 1919, S. 87-96, S. 96.

**85** Ein in Gedanken versunkener und dieser Anforderung nicht gleich nachkommender Soldat wurde angefahren: „Was, Du Schweinehund! Willst Du etwa weiterkämpfen?“ Folkeafstemningen i 1920 – Særtryk af Dybbøl-Postens Festudgave i Anledningen af Tiarsdagen for Folkeafstemningen, Sønderburg 1930, S. 126.

**86** Dass., S. 129-130. Die Lebensdauer der Republik Aalsen beschränkte sich, trotz der Popularität ihres Präsidenten, auf drei Tage.

**87** Dass., S. 95.

**88** Im Entwurf zur Weimarer Verfassung des Staatssekretärs des Innern der Regierung Ebert, Preuß, vom 03.01.1919 hieß es zunächst: „die fremdsprachigen Volksteile innerhalb des Reichs dürfen durch die Gesetzgebung und Verwaltung nicht in der ihnen eigenen, volkstümlichen Entwicklung beeinträchtigt werden, insbesondere nicht im Gebrauch ihrer Muttersprache“. Petersen, Thomas Peter: Preußens Sprachpolitik in Nordschleswig, Diss. Universität Münster 1995, S. 363. Preußens Widerspruch folgten die anderen Mitglieder des Staatenausschusses, sodass der Passus abgeändert wurde in: „Auf die fremdsprachlichen Volksteile des Reichs [ist] hinsichtlich ihrer Muttersprache Rücksicht“ zu nehmen. Ders., S. 364.

**Abstimmung über die deutsch-dänische Grenze: 1919-1920.** Als sich im Herbst 1918 die deutsche Niederlage immer stärker abzeichnete, wurde die bis dahin zensierte Grenzfrage zu einem Titelthema der dänischen Zeitungen. Bereits 1915 und 1917 hatte es Gerüchte über eine bevorstehende Regelung der Grenzfrage gegeben, die von der dänischen Regierung aber zurückgewiesen wurden.<sup>80</sup> Nun wurde die Frage aber breit debattiert. Brockdorff-Rantzau sah sich zum Handeln gezwungen und schlug in einer am 17. Oktober 1918 publizierten Denkschrift vor, die Grenzfrage bilateral zwischen Dänemark und dem Reich zu regeln.<sup>81</sup> Der Deutsche Reichstag zögerte zunächst, äußerte sich dann aber grundlegend zustimmend. Der dänische Reichstag lehnte das Angebot hingegen ab, um an der während des ganzen Krieges aufrecht erhaltenen Neutralitätspolitik festzuhalten und auf eine Abstimmung im Sinne des (eigentlich inzwischen aufgehobenen) Artikels 5 des Prager Friedens hinzuarbeiten.<sup>82</sup> Nur kurze Zeit später raste aber die Revolution von Kiel aus über Deutschland, während an der Front der Waffenstillstand in Kraft trat. Auch im deutsch-dänischen Grenzgebiet atmete man erleichtert auf. Dort hatten zu Kriegsbeginn Sturmglocken die deutsche Mobilmachung verkündet.<sup>83</sup> Deutsch- und dänischsprachige Männer waren Seite an Seite in den Krieg gezogen, mehr als 5000 von ihnen kehrten nicht mehr zurück.<sup>84</sup> Nun ersetzten revolutionäre Marinesoldaten jene deutschen Infanteristen, die während des Krieges am Grenzübergang die Pässe kontrolliert hatten, und riefen alle ihnen begegnenden Soldaten zum Niederlegen der Waffen auf.<sup>85</sup> Die Mischung aus Erleichterung, Kummer und revolutionärer Wut kam auch in der Ausrufung der Republik Aalsen durch den Schneider Topff zum Ausdruck. Nachdem dieser sich gleich selbst zu deren Präsident ernannt hatte, ließ er einen deutschen Landrat strammstehen, riss dem kommandierenden Offizier die Epauletten von der Schulter und wies allen Bürgern eine Extraration Butter an.<sup>86</sup> Diese war besonders willkommen, und kurz darauf begann sich die Versorgungslage wieder zu verbessern. Das „sønderjyske kaffebord“ konnte wieder gedeckt und der Danebrog gehisst werden. Die Grenzfrage war allerdings weiterhin ungeklärt. Kurz vor seiner Abreise nach Deutschland erklärte Brockdorff-Rantzau als künftiger deutscher Außenminister in einem Interview mit der Zeitung „Politiken“, dass ein Rechtsfrieden auf Basis des 14-Punkte Plans sein Verhandlungsziel mit den Siegermächten darstelle.<sup>87</sup> Von einer Abstimmung im Sinne von § 5 des Prager Friedens – der von Dänemark favorisierten Lösung – war nicht die Rede. Auch zu einer klaren Regelung der Mehrsprachigkeit in den Grenzgebieten konnte sich Preußen nicht durchringen, so dass sich an der preußischen Sprachenpolitik in Schleswig-Holstein auch nach Kriegsende nur wenig änderte.<sup>88</sup> Daher begannen die dänischen Gesandten in Paris und anderen alliierten Ländern nun dafür zu werben, dass eine Abstimmung zum Ge-

genstand des Friedensvertrages gemacht werde.<sup>89</sup> Zudem reiste eine dänische diplomatische Delegation in die französische Hauptstadt.<sup>90</sup> Der dänische Gesandte in Paris verhandelte kurz darauf mit den Außenministern der Siegermächte, welche die Abstimmungsfrage zur weiteren Behandlung an die Kommission für die belgische Frage übergaben.<sup>91</sup> Diese legte im März einen Abschlussbericht vor, der eine Einteilung des Grenzgebietes in drei Abstimmungszonen vorschlug.<sup>92</sup> Die dänische Delegation lehnte die dritte Zone ab, stimmte dem Vorschlag sonst aber zu.<sup>93</sup> Dem deutschen Verhandlungsführer Brockdorff-Rantzau behagte dies gar nicht. Er befürwortete zwar die Abstimmung in Schleswig-Holstein, beharrte aber weiterhin auf einer bilateralen statt einer internationalen Regelung. In einer Rede vor der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung erklärte er am 10. April 1919: „In der Frage Nordschleswigs haben sich die Dinge zugespitzt. Mehr oder weniger zuständige Unterhändler Dänemarks suchen bei der Entente immer weitgehendere Forderungen auf Kosten Deutschlands durchzusetzen. Eine skrupellose Agitation möchte den Hunger auch des deutschen Mittelschleswigs zur Erpressung von Zustimmungserklärungen im dänischen Sinne anstreben. [...] Wenn die frühere deutsche Regierung im vergangenen Herbst erklärt hat, daß sie auch auf die streitigen Nordschleswigschen Gebiete die Wilsonschen Grundsätze anzuwenden entschlossen sei, so hat sie dabei unzweifelhaft dänisch besiedelte Gebiete im Auge gehabt.“<sup>94</sup> Drei Tage später erklärte er in einer diplomatischen Note, dass die deutsche Friedensdelegation nicht einsehen könne, mit welcher Bevollmächtigung die alliierten und assoziierten Mächte die deutsch-dänische Grenzfrage zum Gegenstand der Friedensverhandlung mache, dass Deutschland aber zu einer Lösung auf Grundlage des Nationalitätsprinzips bereit sei.<sup>95</sup> Der französische Außenminister Clemenceau antwortete am 16. April, dass dies auf Wunsch der dänischen Regierung und Bevölkerung geschehe.<sup>96</sup>

Knapp zwei Wochen später machte Brockdorff-Rantzau, der weiterhin jeden noch so minimalen Verhandlungsspielraum auf der Konferenz zu nutzen suchte, dann den präzisen Vorschlag, dass die Abstimmung bis zu jener Linie stattfinden solle, „welche die Umschlagslinie der sprachlichen Mehrheit bedeutete“.<sup>97</sup> Die alliierten Verhandlungsführer ließen sich auf dieses Angebot nicht ein und machten die Abstimmung zum Bestandteil des Friedensvertrages. Dessen Bestimmungen nach musste Deutschland Elsass-Lothringen, Teile West- und Ostpreußens sowie einige weitere, kleinere Gebiete und die Kolonien abgeben. Für die Grenzgebiete zu Dänemark, Polen und Belgien waren Volksabstimmungen vorgesehen. Die deutsche Nationalversammlung lehnte den Vertrag ab, sodass der – über die Verhandlungen und Vertragsbedingungen ohnehin frustrierte – Brockdorff-Rantzau seine Unterschrift verweigerte und mit dem Kabinett Scheidemann zurücktrat. Diese wurde dann am 28. Juni 1919 – nach einem alliierten Ultimatum – von seinem Nachfolger Müller geleistet.<sup>98</sup> Damit stand die Lösung der Grenzfrage durch eine Ab-

**89** Linvald, Axel: Genforeningens Historie, in: Sønderjylland, S. 369-457, S. 438.

**90** Ebd.

**91** Ebd.

**92** Adriansen/Doege, S. 7.

**93** Ebd. Die dritte Zone reichte von der Südgrenze der zweiten Zone bis zu Treene und Schlei. Es war vorauszusehen, dass eine Abstimmung hier einen Sieg für die deutsche Seite mit sich bringen würde, weshalb die dänische Regierung darauf verzichtete.

**94** Brockdorff-Rantzau, Ulrich: Graf Brockdorff-Rantzau - Dokumente, Berlin o.J. [1920], S. 85.

**95** Linvald, S. 452.

**96** Ebd.

**97** Ebd.

**98** Die deutsche Delegation hatte einstimmig zur Verweigerung der Unterschrift geraten. Kessler, Harry Graf: Walther Rathenau – Sein Leben und Werk, Frankfurt am Main 1988, S. 253.

**99** Auf deutscher Seite tat sich zunächst der am 25.10.1918 gegründete „Deutsche Ausschuss für das Herzogtum Schleswig“ hervor. Adriansen/Doege, S. 9. Dieser arbeitete mit den Sozialdemokraten zusammen, welche in Schleswig-Holstein die Reichstagswahlen 1919 gewannen. Stolz, Gerd: Volksabstimmung Nordschleswig 1920 – Plebiszit Slesvig, Aabenraa und Sønderborg 1990, S. 35. Am 08.10.1919 wurde der „Deutsche Schutzbund für Nordschleswig“ gegründet, der bald darauf die Führungsrolle übernahm. Adriansen/Doege, S. 9.

**100** Folkeafstemningen, S. 86. Beispiele für deutsche Publikationen sind die Broschüren: Kündigung: Die Steuerbelastung für Dänemark o.O. o.J. [1920] sowie: Schädigung der nordschleswigschen Landwirtschaft im Fall einer Abtretung o.O. o.J. [1920].

**101** Hierzu vor allem: Adriansen/Doege.

**102** Folkeafstemningen, S. 152 u. Andersen, Jacob: Omkring Genforeningen – Erindringer, Bd. 3, Kopenhagen 1919, S. 209.

**103** Stolz, S. 36.

**104** Die Kommission bestand aus dem britischen Gesandten in Kopenhagen, Charles Marling, seinem französischen Kollegen Paul Claudel, dem Generaldirektor des Telegrafendienstes in Norwegen, Th. Heftye, dem schwedischen Politiker Oscar von Sydow sowie dem britischen Diplomaten Brudenell-Bruce. Stolz, S. 40. Der Diplomat und Schriftsteller Paul Claudel – damals vermutlich das prominenteste Mitglied der Kommission – war bereits während seiner Tätigkeit als französischer Generalkonsul in Hamburg vom Oktober 1913 bis zum September 1914 mit der deutsch-dänischen Grenzproblematik in Kontakt gekommen. Als bei Kriegsausbruch dann die Grenzen geschlossen wurden, musste er über Dänemark, Schweden, Norwegen und Großbritannien nach Frankreich zurückreisen. Nach Abschluss der Tätigkeit in der Kommission wurde Claudel im Februar 1921 als „ministre plénipotentiaire de 1re classe“ zum Gesandten in Kopenhagen befördert. Guers, Marie-Josèphe: Paul Claudel - Biographie, Arles 1987, S. 157.

**105** Folkeafstemningen, S. 86.

**106** Dass., S. 91.

**107** Dass., S. 86.

stimmung in zwei Zonen fest, die in den ersten Monaten des Jahres 1920 stattfinden sollte. Im Grenzgebiet selbst hatte der deutsch-dänische Wahlkampf jedoch längst begonnen. Wieder waren es vor allem Vereine, welche für die deutsche oder dänische Seite Werbung machten.<sup>99</sup> Flankiert wurden deren Aktivitäten durch diverse Publikationen, die den deutschen bzw. dänischen Standpunkt auch über die Region hinaus verbreiten sollten. Die Hauptargumente der deutschen Seite waren wirtschaftlicher Natur und bezogen sich meist auf die Stärke des deutschen Wirtschaftsraumes.<sup>100</sup> Die dänische Seite hingegen sprach eher die heimatischen Gefühle und das patriotische Empfinden der dänisch gesinnten Bevölkerung an. Diese Argumentationslinien wurden auch auf Plakaten und Notgeldzetteln verbildlicht.<sup>101</sup> Auf den dänischen Plakaten wehte der Danebrog, wogte das Korn und sang die Lerche, während die deutschen Plakate mit ihren Mauerwerken und heraldischen Elementen nicht selten eine gewisse „Schutz und Trutz“-Haltung zum Ausdruck brachten. Beide Seiten druckten auch Plakate in der jeweils „anderen“ Sprache. So konnte ein deutsches Plakat mit dem Titel: „Arbejder – Stem ikke for Arbejdsløshet!“ neben einem dänischen mit der Aufschrift: „O Dania! Was glüht bei Deinem Namen mir Wang und Busen durch – Ha! Es ist Dänenstolz – Die Liebe zu Dir mein Vaterland!“ an der Mauer kleben.<sup>102</sup>

Derweil schritten die Vorbereitungen zur Abstimmung unaufhaltsam voran. Auf dänischer Seite leitete der im Juni 1919 als Minister für besondere Aufgaben in die Regierung Zahle eingetretene H. P. Hanssen die Vorbereitungen.<sup>103</sup> Die eigentliche Abstimmung im Grenzgebiet wurde durch eine internationale Kommission vorbereitet.<sup>104</sup> Als Abstimmungsdatum für die erste Zone wurde der 10. Februar 1920, für die zweite Zone der 14. März 1920 festgelegt. Mitte Januar 1920 brachte der Dampfer „Marseille“ alliierte Truppen in das Grenzgebiet, die kurz darauf durch (mit einem Sonderzug aus Köln anreisende) französische Gebirgsjäger verstärkt wurden.<sup>105</sup> Insgesamt befanden sich damit fast 2000 alliierte Soldaten im Grenzgebiet, das nun von allen anderen Truppen ebenso wie von den preußischen Verwaltungsbeamten verlassen werden musste. Die Spannung stieg. Der „Plakatkrieg“ nahm zu, und nicht selten wurden Plakate der anderen Seite übermalt, abgerissen oder überklebt. So fand sich auf einem deutschen Plakat mit der Aufschrift: „Nord-Schleswiger wacht auf!“ der dänische Aufkleber: „Sikken en snak!“<sup>106</sup> Das gleiche galt für die Vielzahl von Flaggen, die nun die Straßen und Gassen der größeren Städte im Grenzgebiet zu säumen begannen, und die nicht selten geklaut oder ausgetauscht wurden.<sup>107</sup> Umzüge, Reden und Versammlungen wurden abgehalten. Zum Abstimmung um die erste Zone holten beide Seiten Wahlberechtigte aus anderen Landesteilen herbei, die mit Dampfzügen herangekarrt und trotz Regen und Unwetter mit Musikbegleitung zu den Wahllokalen geleitet wurden.



Am Wahltag gaben von den 111 191 Stimmberechtigten 101 632 ihre Stimme ab. Davon entfielen 75 431 auf „dänisch“ und 25 319 auf „deutsch“.

Am Tag der Abstimmung um die zweite Zone war das Wetter zwar besser, die Stimmung aber deutlich angespannter. Einen Tag zuvor hatte in Deutschland der Kapp-Putsch stattgefunden, der die Schwäche der demokratischen Organe und die Gefährdung der jungen Republik aufzeigte. Diesmal wurden 64 524 Stimmen abgegeben, von denen 51 724 sich für „deutsch“ und 12 800 für „dänisch“ aussprachen. Im Juni legte der alliierte Botschafterrat in Paris den endgültigen Grenzverlauf fest.<sup>108</sup> Anfang Juli wurde die Souveränität über den wiedergewonnen Landesteil dann im französischen Außenministerium an Dänemark übergeben. Der deutsche Außenminister Simons war ob einer der diversen Ministerkrisen der jungen Weimarer Republik nicht anwesend. Am 10. Juli ritt dann der dänische König Christian X. symbolträchtig auf einem Schimmel über die ehemalige Grenze, einen Tag später fand ein großes „Wiedervereinigungsfest“ statt. Auch auf deutscher Seite konnte man eigentlich mit der Abstimmung zufrieden sein, da Flensburg als Handelszentrum der Region im Reich verblieben war.

Dies galt jedoch nicht für Brockdorff-Rantzau, der sich nach seinem Rücktritt als Außenminister auf seinen Besitz Annettenhöh bei Schleswig zurückgezogen hatte. Eher missmutig betrachtete er die Vorgänge in der Grenzregion, wie aus seiner im Juni 1921 verfassten Studie „Die nordschleswigsche Frage“ hervorgeht. Darin verdeutlichte er noch einmal, dass er einer bilateralen Lösung den Vorzug gegeben hätte, um „durch gerechte Abstimmung einen nationalen Ausgleich in Schleswig und durch unmittelbaren Vertrag mit Dänemark eine deutsch-dänische Verständigung herbeizuführen. Dänemark ging den ‘Umweg über Versailles’ und hat ein willkürliches Diktat der Entente einer freiwilligen Zustimmung Deutschlands vorgezogen. So bleibt der Anspruch auf eine wirkliche und gerechte Abstimmung erhalten. [...] Durch eine kurzsichtige und inkonsequente Politik Preußens am Leben erhalten, hatte die sogenannte ‘südjütische Frage’ in Dänemark während der letzten Jahrzehnte wesentlich an Zugkraft verloren und war, als der Weltkrieg ausbrach, beinahe zu einer innenpolitischen Parteifrage zusammengeschrumpft. [...] Hätte das Kriegsglück nicht gegen uns entschieden, dann wäre die ‘südjütische Frage’ für immer abgetan gewesen; mit dem Zusammenbruch Deutschlands wurde sie aber zu neuem Leben erweckt. Das Diktat von Versailles bedeutet keine Lösung.“<sup>109</sup>

Neben der Frustration über die Verhandlungen in Versailles wird hier noch einmal jenes seltsame Unverständnis für die Sicht des dänischen Nachbarn deutlich, welche die preußisch-deutsche Politik in Bezug auf Schleswig-Holstein in den Jahren 1864-1918 prägte. In Dänemark war man sich in diesen Jahren stets bewusst gewesen, dass das bilaterale Verhältnis mit Deutschland stets dem asymmetrischen Machtverhältnis einer europäischen Großmacht mit ihrem kleinen Nachbarn entsprach. Aus dieser Perspektive blickte man in

**108** Bohn, S. 103.

**109** Brockdorff-Rantzau, Ulrich: Dokumente und Gedanken um Versailles, Berlin 1925, S. 140-141.

Dänemark mit Unbehagen auf die von Brockdorff-Rantzau vorgeschlagene bilaterale Lösung. Stattdessen hatte man seit 1864 auf die Erfüllung des § 5 des Wiener Vertrages gepocht, den das aufstrebende Preußen aber – ohne die dänische Seite zu konsultieren – annulliert hatte. Die 1920 vorgenommene Abstimmung in einem internationalen Rahmen hingegen erlaubte es, einen Schlusstrich unter Grenzfrage und „Köllerpolitik“ zu setzen. Diese Sichtweise wird in Edvard Brandes' Nachruf auf Brockdorff-Rantzau deutlich, in dem fast ein wenig Mitleid für dessen starrsinnige Haltung mitschwingt: „Der Sieg blieb für Deutschland aus und der Sieg der Alliierten führte für Dänemark zur ungeahnten, abenteuerlich anmutenden Wiedervereinigung. Nicht dem Großmut des alten Deutschlands, nicht dem Gerechtigkeitsgefühl des neuen Deutschlands, sondern Frankreich-England ist die Freigebung Nordschleswigs zuzuschreiben. Die Schleswiger kehrten nach Dänemark zurück durch die Abstimmung, die der Prager Friede zugesagt, Preußen aber gestrichen hatte.“<sup>110</sup>

Allerdings war Brockdorff-Rantzau nicht der einzige, der sich mit der Volksabstimmung und ihrem Ergebnis nicht abfinden wollte. Vor allem jene, die sich der Förderung des „Deutschtums“ verschrieben hatten, sahen in der Kriegsniederlage, dem „Diktatfrieden“ von Versailles und dem Verlust ehemals preußisch-deutschen Territoriums im Zuge des Versailler Vertrages eine Ungerechtigkeit des Schicksals oder – im Sinne der „Dolchstoßlegende“ – externer Kräfte. Aus diesem Empfinden resultierende revanchistische Träumereien über den Wiedergewinn räumlicher, politischer und historischer Größe ließen sich nur allzu leicht mit völkischer Ideologie und Rhetorik verbinden. Auch die – aus dieser Sicht immer noch virulente deutsch-dänische Grenzfrage – wurde nun zunehmend aus völkischer Sicht betrachtet. So fragte ein Aufsatz zu den „nationalen Minderheiten in Schleswig“ aus dem Jahre 1925: „Wie soll das deutsche Volk sich wohl seinen großdeutschen Zusammenschluß schaffen, wenn es sich nicht den Lebensinteressen des grenzdeutschen Volkstums führend annehmen will?“<sup>111</sup> Bald ging die motivierte Propaganda zur Grenzrevision in die nationalsozialistische Propaganda über.<sup>112</sup> Brockdorff-Rantzau erlebte dies allerdings nicht mehr. Im Anschluss an seinen Rückzug nach Annettenhöf war er 1922 zum deutschen Botschafter in Moskau ernannt worden. Sechs Jahre später verstarb er während eines Besuchs bei seinem Bruder in Berlin.

**110** Brandes, Edvard: Graf Brockdorff-Rantzau und die dänische Neutralität, in: Europäische Gespräche Nr. 7, 01/1929, S. 30-35, S. 34.

**111** Alnor, Karl: Die Frage der nationalen Minderheiten in Schleswig, in: Der deutsche Gedanke – Zeitschrift für auswärtige Politik, Wirtschaft und Auslands-Deutschtum, hg. v. Paul Rohrbach, Nr. 22, 20.08.1925, S. 971-980, S. 975.

**112** Bohn, S. 104.

**113** Ullrich, Volker: Die nervöse Großmacht – Aufstieg und Untergang des Deutschen Kaiserreichs 1871-1918, Frankfurt a.M. 1997.

**Zusammenfassung.** Rückblickend wirkt Brockdorff-Rantzau wie ein geradezu prototypischer Vertreter jener „nervösen Großmacht“, als die sich das von Preußen geführte Deutsche Reich spätestens seit der Jahrhundertwende zeigte.<sup>113</sup> Als preußischer Diplomat vertrat er die nationale und räumlich expansive Machtpolitik des Reiches aus einer selbstverständlich scheinenden Position der Stärke heraus. Eher ging damit allerdings ein gewisser Mangel an Sensibilität für die Asymmetrie des Verhältnisses zu kleineren Nachbarstaaten sowie eine leichte Blindheit für die Außenwahrnehmung des eigenen Landes und dessen machtbewussten Auftritt. Umso schwerer scheint es

Brockdorff-Rantzau und vielen seiner Zeitgenossen (die im Glauben an die historische und gegenwärtige Größe des Deutschen Reiches aufgewachsen waren) gefallen zu sein, den Schock der Kriegsniederlage zu verkraften und sich den Tatsachen zu stellen. Dies zeigt sich auch an seinem Umgang mit der „Schleswig-Holsteinischen Frage“. Nachdem er sich hier zunächst in der Tradition einer eher restriktiven preußischen (Verwaltungs-)Politik positioniert hatte, schwächte er diese Haltung im Jahr 1913 zugunsten der eines „Wandels durch Handel“ ab. Nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges forcierte er – im Verband mit der dänischen Regierung – das „Einfrieren“ der Grenzfrage. Als diese mit der sich abzeichnenden deutschen Niederlage wieder auftaute, bemühte er sich um eine bilaterale Regelung, die von der dänischen Regierung aber zurückgewiesen wurde. Als deutscher Außenminister konnte er anschließend nicht verhindern, dass die dänische Regierung bei den Alliierten die Aufnahme einer international überwachten Abstimmung in den Versailler Vertrag erreichte. Brockdorff-Rantzau, der in Versailles aus einer ungewohnten Position der Schwäche heraus verhandeln musste, behagte dies nicht. Doch auch wenn er eine Abstimmung auf internationaler Grundlage als persönliche Niederlage empfinden mochte, so erwies sich diese in langer Perspektive als eindeutiger Gewinn für die deutsch-dänischen Beziehungen.

**Quellen- und Literaturverzeichnis:****Quellen:**

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes:

PA AA, R 5195-1.

PA AA, R 5197.

PA AA, R 121985.

Rigsarkivet, Kopenhagen:

RA, UM 1909-45, 5 L 16.

RA, UM 1909-45, 6 R 14.

National Archives, London:

NA, FO 211/293.

**Literatur:**

Alnor, Karl: Die Frage der nationalen Minderheiten in Schleswig, in: *Der deutsche Gedanke – Zeitschrift für auswärtige Politik, Wirtschaft und Auslands-Deutschtum*, hg. v. Paul Rohrbach, Nr. 22, 20.08.1925, S. 971-980.

Amundsen, Valdemar: *Frisendede tyske røster*, in: *Sønderjylland*, hg. v. Svend Dahl und Axel Linvald, Bd. 2, Kopenhagen 1919.

Andersen, Jacob: *Omkring Genforeningen – Erindringer*, Bd. 3, Kopenhagen 1919.

Adriansen, Inge: *Mindesmærker i Danmark for faldne sønderjyder*, in: *Sønderjyderne og den store krig 1914-1918*, hg. v. ders. u. Hans Schultz Hansen, Aabenraa 2006, S. 289-318.

Dies.: *Nationale Symboler i Det Danske Rige 1830-2000*, Bd. 2, Kopenhagen 2003.

Dies. u. Doege, Immo: *Deutsch oder Dänisch? – Bilder zum nationalen Selbstverständnis aus dem Jahr 1920*, Flensburg 1992.

Bagge, Povl: *Nationalisme, antinationalisme og nationalfølelse i danmark omkring 1900*, in: *Dansk Identitetshistorie*, Bd. 3, S. 443-467, S. 455.

Bjørn, Claus u. Due Nielsen, Carsten: *Frau Helstat til Nationalstat 1814-1914* (d.i.: *Dansk Udenrigspolitikens Historie* Bd. 3), Kopenhagen 2003.

Bohn, Robert: *Geschichte Schleswig-Holsteins*, München 2006.

Brandes, Edvard: *Graf Brockdorff-Rantzau und die dänische Neutralität*, in: *Europäische Gespräche* Nr. 7, 01/1929, S. 30-35.

Brockdorff-Rantzau, Ulrich: *Dokumente und Gedanken um Versailles*, Berlin 1925.

Ders.: *Graf Brockdorff-Rantzau - Dokumente*, Berlin o.J. [1920].

Bülow, Bernhard von: *Denkwürdigkeiten*, 3 Bde., Berlin 1931.

Carlsgren, W. M.: *Neutralität oder Allianz – Deutschlands Beziehungen zu Schweden in den Anfangsjahren des Ersten Weltkrieges*, Uppsala 1962.

- Christiansen, Niels Finn: Klasesamfundet organiseres 1900-1925 (d.i.: Gyldendal og Politikens Danmarkshistorie, hg. v. Olaf Olsen), Bd. 12, Kopenhagen 1990.
- Dobers, Ulf: Die deutsch-dänischen Beziehungen im Spätsommer 1914, Diss. Hamburg 1972.
- Folkeafstemningen i 1920 – Særtryk af Dybbøl-Postens Festudgave i Anledningen af Tiaarsdagen for Folkeafstemningen, Sønderborg 1930.
- Frandsen, Steen Bo: Dänemark – Der kleine Nachbar im Norden, Darmstadt 1994.
- Guers, Marie-Josèphe: Paul Claudel - Biographie, Arles 1987.
- Haupts, Leo: Graf Brockdorff-Rantzau – Diplomat und Minister im Kaiserreich und Republik, Göttingen und Zürich 1984.
- Hobsbawm, Eric J.: Das imperiale Zeitalter 1875-1914, Frankfurt a. M. 1989.
- Hoetzsch, Otto: Botschafter Graf Brockdorff-Rantzau, in: Europäische Gespräche Nr. 7, 01/1929, S. 8-17.
- Kaarsted, Taage: Great Britain and Denmark 1914-1920, Odense 1979.
- Karding: Die Steuerbelastung für Dänemark o.O. o.J. [1920].
- Kessler, Harry Graf: Walther Rathenau – Sein Leben und Werk, Frankfurt am Main 1988.
- Lidegaard, Bo: Overleveren 1914–45 (d.i. Dansk udenrigspolitisk historie, Bd.4), Kopenhagen 2003.
- Linvald, Axel: Genforeningens Historie, in: Sønderjylland, Bd. 1, Kopenhagen 1919, S. 369-457.
- Nørregaard, Martin Bo: Sønderjyder ved fronterne, in: Sønderjyderne og den store krig, S. 95-124.
- Olsen, Sven Thomas: Die Dänenpolitik im Deutschen Kaiserreich – Preußisch-deutsche Nationalitätenpolitik in der Region Nord-schleswig/Sønderjylland 1864-1914, Diss. Uni Hamburg 1999.
- Scavenius, Erik: Dansk udenrigspolitik under den første verdenskrig, Kopenhagen 1959.
- Schädigung der nordschleswigschen Landwirtschaft im Fall einer Abtretung o.O. o.J. [1920].
- Scheidemann, Christiane: Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau (1869-1928) – Eine politische Biographie, Frankfurt am Main u.a. 1996.
- Scheidemann, Philipp: Memoiren eines Sozialdemokraten, Dresden 1930.
- Sjøqvist, Viggo: Erik Scavenius – En biografi, Bd.1, o.O. 1973.
- Stern-Rubarth, Edgar: Graf Brockdorff-Rantzau – Wanderer zwischen zwei Welten, Berlin 1929.
- Stolz, Gerd: Volksabstimmung Nordschleswig 1920 – Plebisit Slesvig, Aabenraa und Sønderborg 1990.
- Svensson, Bjørn: Tyskerkursen, Viborg 1983.
- Sønderjyllands Historie – Fremstillet for det Danske Folk (5 Bde.), hg. v. Vilhelm La Cour u.a., Kopenhagen 1932-33.

Thomsen, Niels: Den offentlige Mening, in: Dagliv i Danmark i det nittende og tyvende århundrede, hg. v. Axel Steensberg, Bd. 2, Kopenhagen 1964.

Ullrich, Volker: Die nervöse Großmacht – Aufstieg und Untergang des Deutschen Kaiserreichs 1871-1918, Frankfurt a.M. 1997.

Wilhelm II.: Ereignisse und Gestalten 1878-1918, Leipzig und Berlin 1922.